

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionssitz: Dresden.
Generalredakteur: Sammelnummer 25 241.
Für die Nachdruckrechte: 2001.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Bei Mängeln ist der Zeitung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 275.—
Eingezahlte M. 12.—, Sonntagsausgabe M. 15.—.
Die Spaltung 12 mm breite Zeile M. 5.—, außerhalb Sachsen M. 6.—, Dommänen-
anzeige und Stellungnahme unter Weisheit leben weiteren Abholung M. 12.—.
Verzugspreise laut Tafel. Auswärtsige Kunden gegen Herausgabe.

Schriftleitung und Redaktionssitz:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von spitz & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

PIANOS
Weltmarke.

Wolfram
Verkauf nur VIKTORIAHAUS, Ringstraße Nr. 18.

FLÜGEL
Weltmarke.

Rücktritt des Kabinetts Wirth.

Die große Koalition gescheitert.

(Sieger-Drohbericht der „Dresden. Nachrichten“.)
Berlin, 14. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat heute abend zu einer Besprechung über die politische Lage zusammen. Nach mehrstündigem Aussprache beschlossen die Sozialdemokraten mit großer Mehrheit, ein Zusammensehen mit der Deutschen Volkspartei in der Reichsregierung abzulehnen. Damit ist die Frage der großen Koalition vorläufig entschlossen.

Das Kabinett ist unmittelbar nach Beendigung der sozialdemokratischen Fraktionssitzung zusammen und beschloß, dem Reichspräsidenten den Rücktritt des Kabinetts zu erklären.

Welche Folgen sich aus diesem Beschluss der Sozialdemokratie ergeben werden, läßt sich im Augenblick noch nicht klar erkennen. Möglicher ist die Bildung eines bürgerlichen Minderheitskabinetts oder eines sozialistischen Minderheitskabinetts. In beiden Fällen ist die Auflösung des Reichstages wahrscheinlich. Ob es dazu kommen wird, werden die Verhandlungen, die morgen im Laufe des Tages wieder aufgenommen werden, zeigen müssen.

Die Ablehnung der großen Koalition durch die Sozialdemokraten.

Berlin, 14. Nov. Die Beratungen der sozialdemokratischen Fraktion endeten nach 9 Uhr abends mit folgendem mit großer Mehrheit gefassten Beschuß: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt die Erweiterung der Regierung durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei ab. (W. T. B.)

Der in den Abendstunden des gestrigen Tages erfolgte Rücktritt des Kabinetts Wirth ist eine mittelbare Folgeerscheinung der Zuspaltung der außenpolitischen Lage Deutschlands und ihres Kernpunktes, der Reparationsfrage. Die zahlreichen Konferenzen und Verhandlungen über Reparationsangelegenheiten, der Pariser Kongreß der Finanziers, die Hamburger Weltwirtschaftstagung, die beiden Berliner Sitzungen des Wiederherstellungsbauschusses, sie hatten u. a. der Überzeugung zum Durchbruch verholfen, daß an einer Lösung jenes schwierigsten aller Gegenwartsprobleme nie und nimmer gedacht werden kann, solange außer Regierung die Träger der deutschen Wirtschaft, die Spalten von Industrie und Handel, nicht unmittelbar und maßgebend beteiligt sind. Eine solche maßgebliche Beteiligung war noch nicht, wie man annehmen könnte, durch die von den Wiesbadener und Brüsseler Abkommen vorbereiteten Privatverträge deutscher Industriellen mit französischen Interessentreihen, wie das Stinnes-Lüderac-Abkommen erreicht, sie war auch nicht durch die ständig enge Führungnahme der deutschen Regierung mit den Führern der deutschen Wirtschaft gewährleistet, sie muhte vielmehr ihren künftigen und einzigen möglichen Ausdruck in einer Vereinnahme der partypolitisch-parlamentarischen Vertreter dieser Wirtschaftskreise in die Regierung finden; mit anderen Worten, die Deutsche Volkspartei konnte nicht länger draußen bleiben, eine Erweiterung der Regierungskoalition nach dieser Richtung machte sich unumgänglich. Diese gleichsam in der Natur der Dinge liegende Notwendigkeit ist vom Kanzler lange Zeit nicht mit der gebührenden Aufmerksamkeit gewürdigt, ihre Realisierung nicht mit dem notwendigen Nachdruck verfolgt worden. Man hatte den Eindruck, als ob der Kanzler sich viel mehr von der politischen Seite des Reparationsproblems als von der wirtschaftlichen bestimmen ließe und viel zu stark von innerpolitischer Rückwirkung einer zielbewußten Inangriffnahme der Lösung dieses Problems beherrscht wurde. Erst am Ende der vorigen Woche trat er mit den offiziellsten Bekanntgabe hervor, daß er die Umbildung der Reichsregierung zu einem Kabinett des wirtschaftlichen Wiederaufbaus plane, in dem auch die Kreise vertreten sein sollten, die der Deutschen Volkspartei nahestehen. Ganz zweifellos war das eine Folge der Berliner Verhandlungen mit der Reparationskommission, die Dr. Wirth darüber verständigt haben dürfte, daß das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Wirtschaft immer noch größer ist als zur deutschen Politik, zu der Politik vor allem, die Dr. Wirth in den Jahren seiner Regierungstätigkeit verfolgt hat. Zu der klipp und klaren Erklärung, daß die Deutsche Volkspartei in die Koalition aufgenommen werden sollte, konnte sich der Kanzler allerdings auch Ende voriger Woche noch nicht verstehen. Selbstredend mußte diese Partei durch ein doppeltes Verstößspiel auf höchst enttäuscht werden. Sie gab auch dementsprechend eindeutig zu verstehen, daß es ihr unmöglich sei, an der Bildung eines Ministeriums mitzuwirken, dessen Mitglieder offiziell nicht als zur Partei gehörig betrachtet werden sollten. Die dann am Montag erfolgte Stellungnahme des Reichspräsidenten, der sich uningeschränkt für die Bildung eines Kabinetts auf der Grundlage der großen

Koalition aussprach, nötigte den Kanzler zu einer Entscheidung. Nach der zitierten Ablehnung der Volkspartei und bei der schroffen Weigerung der Sozialdemokraten, mit Männern dieser Partei in einem Kabinett zusammenzuarbeiten, blieb ihm nichts weiter übrig, als seinen und der Regierung Rücktritt anzumelden.

Man darf annehmen, daß Dr. Wirth dieser Schrift wesentlich erleichtert worden ist durch die sehr bald bekanntgewordene Differenzen innerhalb seines Kabinetts. Das Münchner Kabinett, das sich zwischen ihm und dem Reichsfinanzminister seit Stinnes herausgebildet hatte, muß in der Tat ein längeres Zusammenarbeiten, soweit ein solches im letzten halben Jahre überhaupt vorhanden gewesen ist, aufs äußerste erschwert haben. Eine Neu- oder Umbelegung des Finanzministerpostens und eine andere Verwendung des Dr. Hermes, an die der Kanzler sicherlich im Ernst gedacht hat, dürfte aber am Widerstand der Hermes hauptsächlich industriellen Gruppen und auch davon geschahert sein, daß man den Finanzminister in unterschieden Kreisen gegenwärtig für den besten Unterhändler in Reparationsfragen hält. Durch die Auflösung des Gemütkabinetts hat sich der Kanzler auch dieser Sorgen mit einem Schlag entledigt.

Neben die kommenden Tage im gegenwärtigen Augenblick Vermutungen anzustellen, muß als ein Wagnis bezeichnet werden. Sicher scheint nur, daß der Kanzler als erster vom Reichspräsidenten mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt werden wird. Ob er aber sein neues Kabinett aufzugeben will, muß bei den starken Widersprüchen der hauptsächlich in Betracht kommenden Parteien sehrhaft beweist werden. Ein rein sozialistisches Kabinett ist kaum denkbar. Es scheitert an dem Grundzweck

der ganzen Kabinettsumbildung, nämlich einer Regierung zu stande zu bringen, die wirkliche Reparationspolitik zu machen fähig ist. Die große Koalition ist bei der Unmöglichkeit der Sozialisten gleichfalls ausgeschlossen. Bleibt nur ein bürgerliches Minderheitskabinett vom Schlag des Kabinetts Freiburg. Die notwendige Süße könnte hier eventuell in der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gefunden werden. Es wäre zu viel behaupten, wollte man einer solchen Regierung von vornherein jede Gewaltähnlichkeit absprechen. Awei Mängel würden ihr allerdings von vornherein anhaften. Sie würde keine Volksregierung im weitesten Sinne des Wortes sein, und sie würde wohl kaum die Männer in ihrer Reihe sehen, auf die bei der wesentlich außenpolitischen Einstellung, die das kommende Kabinett sich zu eigen machen muß, die Hauptbedeutung entfällt.

Muß somit die Frage des „Wie“ der künftigen Kabinettsumbildung einseitig als ungelöst und unbestimmt bezeichnet werden, so soll doch nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, worauf es ankommt und ankommen muß. Wir brauchen ein Kabinett, das unter Vorstellung der nationalen Belange sich fähig erwirkt, wie Stresemann sagt, „neue Wege internationaler Vereinbarungen“ zu finden. Wege, die uns dazu verhelfen, aus dem traurigen Wirkung des Reparationsabkommens endlich herauszufinden und damit unser Volk vom Untergang zu retten. Besiegigt dazu erscheinen heute einzige und allein die deutschen Wirtschaftler. Sie müssen an die Spalte gebracht werden. Und wenn sie Wirth bei seinen Kombinationsversuchen, die bevorstehen, nicht dahin zu bringen vermögen, dann soll das Volk durch die Wahl eines neuen Parlaments darüber selbst entscheiden.

Die parlamentarischen Besprechungen vor dem Rücktritt.

Um die Gestaltung des neuen Kabinetts.

Ebert für die große Koalition. — Die Umbildungspläne

Dr. Wirths.

(Drohbericht aus Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 14. Nov. Reichspräsident Ebert hatte vormittags eine Besprechung mit dem Reichskanzler über die Frage der Erweiterung des Reichskabinetts. Nachmittags war der Vollzugung des Reichstages empfing der Reichspräsident, der sich, wie verlautet, für die große Koalition einsetzte, die früher der politischen Parteien, die sonst daran eine Verhandlung mit dem Reichskanzler hatten. Am Nachmittag fand auch eine offizielle Besprechung volksparthei und sozialdemokratischer Parteiführer statt, um in gewissen Differenzpunkten Klärung zu schaffen. Die Sozialdemokraten beanspruchten vor allem die Siede Stinnes im Reichswirtschaftsrat und beanspruchten, an die Volkspartei die Frage zu stellen, inwiefern sie hinter diesen Anhänger Stinnes steht. Der geplante Beschuß der sozialdemokratischen Fraktion wurde gegen eine Stimme angenommen.

Dr. Wirth durfte vom Reichspräsidenten ernannt mit der Bildung des Reichskabinetts betraut werden. Reichsfinanzminister Dr. Hermes, Polizeiminister Giesberts und der Minister Gründer durften nun in ihre Amtsstühle zurückkehren. Eritzig ist noch die Frage, ob Reichswirtschaftsminister Schmidt und sein Stabschef Kreidels dem neuen Kabinett angehören werden. Als fünfzehn Reichsfinanzminister nennt das „V. T.“ den Grafen Beder. Falls die Sozialdemokratie bei der Neubildung nicht mitwirken will, könnte nur eine Minderheitskoalition auftauchen, die aus den Parteien der Arbeitsgemeinschaft bestehen würde. Sollte auch dieser Weg sich als unanwendbar erweisen, dann bliebe nur noch die Auflösung des Reichstages und Ausschreibung von Neuwahlen.

Im Zentrum kommt es heute vormittags zu einer Aussprache zwischen Reichskanzler Dr. Wirth und dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes. Dr. Hermes vertheidigte in einer längeren Rede seine Politik. Am Zentrum bemüht man sich, den Gegensatz zwischen den beiden Politikern auszutun. Dieser Gegensatz hat sich in letzter Zeit noch erheblich verschärft. Seit mehreren Tagen ist bekannt, daß der Reichskanzler beim Empfang der Parteiführer und bei der Mitteilung seiner Ansicht, das Reichskabinett umzugehen, auch um Vorläufe für die Besetzung des Reichsfinanzministeriums gebeten und sein Gehalt daraus gemacht habe, daß er eine Umbesetzung des Reichsfinanzministeriums plant. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, daß der Reichskanzler, der zurzeit auch das Ministerium des Außenvertrags verwaltet, eine Neubesetzung des Post- und Telegraphenministers in Paris ins Auge gefaßt habe und dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes diese Position angeboten habe.

Geheimrat Euno in München.

München, 14. Nov. Als neuer Außenminister wird Geheimrat Euno, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, genannt. Geheimrat Euno weilt gegenwärtig in München. Er hat Mr. Harriman auf einer Reise von Hamburg nach Budapest und zurück die wirt-

schafflichen Verhältnisse Mitteleuropas gezeigt. Auf der Rückreise von Budapest wurde am Montag Station in München gemacht. Geheimrat Euno hatte Gelegenheit, am Montag abend privat mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling zusammenzutreffen.

Die bayrische Volkspartei zur Erklärung v. Knillings.

München, 14. Nov. Im Landtag begann heute vormittag eine politische Audiprache über die Erklärungen des neuen Ministerpräsidenten. Als erster Redner legte für die Bayrische Volkspartei Abgeordneter Dr. Wohlmut in deren Stellungnahme zur Regierungserklärung dar. Seine Partei unterschreibe die Ausführungen v. Knillings über das Verhältnis Bayerns zum Reich vollständig. Seine Partei wünsche die Mitwirkung der Einzelstaaten und den Aufbau eines föderalistischen Reiches. Unser Förderung sei so weit vom Separatismus entfernt, daß sie der beste Schritt wäre für ein einziges großes Vaterland. (Lebhafte Bravo rechts.) Der Ministerpräsident müsse sich in zäher, unbegrenzter Arbeit für die Umgestaltung des Deutschen Reiches in föderalistischem Sinne einsetzen. Das deutsche Volk würde es begrüßen, wenn an Stelle einer Volksliste über die Freiheit des Tages der Annahme der Weimarer Verfassung ein Entwurf zur Meinung in dieser Verhältnis eingebracht würde. Der Redner forderte dann die Erziehung des Volkes zum nationalen Bewußtsein. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen betonte Abgeordneter Wohlmut, daß die Regierung auf kein Machtmittel zur Wahrung der Staatsautorität verzichten dürfe. Den Ausführungen des Ministerpräsidenten zur Frage der Schaffung eines Staatspräsidenten und einer zweiten Kammer schlicht sich seine Partei an, wie Herrn v. Knilling übernahm daß das größte Vertrauen entgegenbringe. Dann kam noch der Redner der Vereinigten sozialistischen Partei, Abgeordneter Timm, zum Wort, der erklärte, daß seine Partei Herrn v. Knilling unterstützen werde, sofern er die Interessen der Allgemeinheit vertrete, ihn aber entschieden bekämpfen werde, wenn er eine einzellige Parteipolitik treibe. (W. T. B.)

Aushebung der bayrischen Volksgerichte in Sicht?

München, 14. Nov. Am Laufe der nächsten Tage dürfte, wie verlautet, seitens der Regierung das Volksgericht preisgegeben und seine Aufhebung vereinfacht werden.

Sofortige Barauszahlungen auf Verdrängungs-schäden.

Berlin, 14. Nov. Der Reichstagsausschluß, der die Ausführungsbeschlüsse zum Verdrängungs-schäden behandelt, hat beschlossen, daß die Entschädigungen bis zu dem Gesamtbetrag von einer Million Mark unverzüglich nach rechtsträchtiger Feststellung oder ihrer Be-willigung bar zu zahlen sind. (W. T. B.)

Ein neuer Beweis für die Vergewaltigung Oberösterreichens.

Berlin, 14. Nov. Neben das Ergebnis der polnischen Senatswahlen in Oberösterreich meldet die „Voss. Zeitung“, daß eine unzweifelbare deutsche Mehrheit in den an Polen abgetrennten Teilen Oberösterreichs ergeben,

Dollar (Amtlich): 7050
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 6700